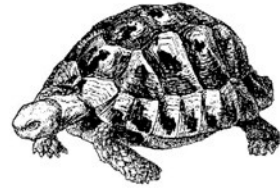


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Wo bitte geht's zur Front?

Rezension von Torsten Bewernitz' Streitschrift »Syndikalismus und neue Klassenpolitik« – Von Slave Cubela*

In: *express* 6/2019

Wenn man es seit Jahren gewöhnt ist, zumeist von außerhalb Deutschlands wichtige Impulse für die eigene klassenorientierte Reflexion und Praxis zu erhalten, dann schaut man mit gemischten Gefühlen auf die aktuelle Debatte um eine neue Klassenpolitik. Einerseits freut man sich, dass diejenigen, die sich selbst häufig als radikale Linke verstehen, erneut Anlauf nehmen, die sozialen Verhältnisse von ihren Wurzeln in den Produktionsverhältnissen her zu begreifen – selbstverständlich ist das in Deutschland leider nicht. Andererseits jedoch findet sich in der hiesigen Debatte um eine neue Klassenpolitik wenig erfrischendes Denken, so dass ich dann doch lieber zu den *Labor Notes*, dem *Jacobin* oder zu *Actuel Marx* greife, um danach womöglich ein wenig klüger zu sein als vorher.

Vor diesem Hintergrund ist es umso bemerkenswerter, dass mit Torsten Bewernitz' Streitschrift »Syndikalismus und neue Klassenpolitik« nun eine Wortmeldung aus der bundesdeutschen, radikalen Linken vorliegt, die meines Erachtens aus der Debatte um eine neue Klassenpolitik positiv hervorsticht. Denn Bewernitz' Schrift ist nicht nur eine offene Kritik des bundesdeutschen Syndikalismus, also vor allem der FAU, sondern sie skizziert auch einen diskussionswürdigen Weg, um in dunkler werdenden Zeiten in Deutschland wieder an die Front des Klassenkampfes zu gelangen.

Praxiskonservativ

Es sind vor allem drei Gedanken, die dabei meines Erachtens unbedingt hervorzuheben sind. Da ist zum ersten Bewernitz' Zustandsbeschreibung der radikalen Linken in Deutschland. Denn nicht nur betont er die Stagnation derselben, was sich beispielsweise bei den deutschen SyndikalistInnen darin ausdrückt, dass diese »permanent in ihrer eigenen Suppe in einem kleinen Wasserglas« (S. 5) schwimmen und dabei auf den großen Sturm warteten, ohne das allgemeine Klima um sich herum zu registrieren. Die Pointe von Bewernitz' Kritik scheint auf, wenn er schreibt: »In der Gesamtschau sind die Strukturen der syndikalistischen Basisgewerkschaften genauso verkrustet wie diejenigen der DGB-Gewerkschaften: durch basisdemokratische, konsensorientierte Verfahrensweisen, durch unhinterfragte Traditionen des post-1968 Neanarchismus oder durch informelle ›Wissens‹-Hierarchien. Hinzukommt nicht selten eine nur geringe Bereitschaft zu einem tatsächlichen Aktivismus.« (S. 39)

Das ist natürlich starker Tobak, aber indem Bewernitz aus eigener Anschauung heraus diese These ausführlich untermauert, wirft seine Schrift mit fortschreitender Lektüre Fragen auf, die auch außerhalb der syndikalistischen Linken zu Denkanstößen und Veränderungen führen sollten. Kann man etwa die in Kreisen der radikalen Linken häufig anzutreffende Abgrenzung aufrechterhalten, der zufolge die etablierte Linke in Deutschland behäbig, langsam und

inaktiv ist, während die radikale Linke lebendig, phantasievoll und aktionsorientiert ist? Zeichnet die bundesdeutsche Linke nicht über alle Fraktionen hinweg ein erstaunliches Maß an praxiskonservativer Eintracht aus, da jede Strömung für sich lieber an alten Symbolen, Sprechweisen, Slogans und ritualisierten Aktionsformen festhält, statt risikobereit neue Wege einzuschlagen? Und wen versucht die radikale Linke eigentlich zu beeindrucken, indem sie sich anhaltend als revolutionär, kommunistisch oder anarchistisch tituliert, indem sie plakativ rote und schwarze Fahnen schwenkt, schwarze Blöcke bildet, Fäuste hebt und unablässig darum bemüht ist, möglichst »anders« auszusehen? Und dies, obgleich sie gleichzeitig selber immer wieder helllichtig analysiert, dass die Erfolge der radikalen Rechten nicht zuletzt die Folge einer neuen, angepassten Symbolpolitik von rechts sind?

Das Ende der negativen Fixierung

Der zweite Gedanke aus Bewernitz' Streitschrift, den ich wichtig finde, stellt für die radikale Linke schon einen wichtigen Schritt aus ihrer Praxiskonservativität dar. Denn, so Bewernitz, statt sich etwa an den DGB-Gewerkschaften immer wieder negativ fixiert abzuarbeiten, den DGB-Führungen also z.B. mangelnde Konfliktbereitschaft oder gar Korruptiertheit vorzuwerfen, ihren Forderungen und Erfolgen radikalere entgegenzusetzen, das eigene Tun immer als revolutionär dem bloßen Reformismus entgegenzusetzen, fragt Bewernitz entwaffnend: »Könnte es nicht einfach sein, dass der DGB deswegen ›reformistisch‹ erscheint, weil er einfach ganz demokratisch den Willen seiner Mitglieder umsetzt? Und müssten dann nicht SyndikalistInnen getreu ihrem basisdemokratischen Motto entsprechend handeln?« (S. 16) Mit anderen Worten: Die breite Verankerung reformistisch-linker Institutionen wie Parteien oder Gewerkschaften sollte die radikal Linken nicht stutzig machen oder gar belasten. Wenige ArbeiterInnen werden von diesen linken ReformistInnen gebremst, wenige werden von diesen ReformistInnen ausgenutzt, die ArbeiterInnen, die diese Institutionen wählen oder Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften sind, tun das, weil sie von diesen Institutionen profitieren, weil sie nichts dagegen haben, dass StellvertreterInnen für sie Politik machen und weil sie, wenn es ihnen zu blöd wird, einfach nicht mehr mitmachen und austreten.

Dies vor Augen gewinnt die radikale Linke in Deutschland meines Erachtens einen erheblichen strategischen Spielraum. Statt sich nämlich an offiziellen Verlautbarungen z.B. des DGB abzuarbeiten (die im DGB meist ohnehin kein Mitglied liest) oder die Funktionäre der Parteien und Gewerkschaften anhaltend zu kritisieren, könnte sie darüber nachdenken, wie sie eigene Reflexions- und Aktionsbrücken in die Arbeiterklassen hinein etablieren kann. Dabei könnte man auch den erheblichen Teil der ArbeiterInnen ins Auge fassen, der weder linke Parteien wählt noch Mitglied in den DGB-Gewerkschaften ist. Zudem wäre es möglich, wie auch Bewernitz betont, linken Parteien oder den DGB-Gewerkschaften deutlich unbefangener als bisher entgegenzutreten. Man könnte punktuell Bündnisse mit diesen eingehen, man könnte aber auch diese Institutionen nutzen, indem man deren Strukturen z.B. in die Planung eigener Projekte systematisch einbezieht (etwa bei der Rechtsberatung, der Öffentlichkeitsarbeit etc.).

(De-) Zentrales Organizing

Damit sind wir beim dritten, wichtigen Gedanken angelangt, den Bewernitz in seiner Streitschrift formuliert, nämlich seine Überlegungen, wie man diesen strategischen Spielraum als syndikalistische bzw. radikale Linke nutzen könnte. Zentral ist dabei die folgende Stelle: »Was wir also für eine praktische Klassenpolitik brauchen, ist eine Organisationsform, (...) die bewusst eine – starke – Minderheit der Arbeitenden organisiert, sich daher nicht als Gewerkschaft versteht, mit dieser nicht konkurriert, aber durchaus über sie hinausgeht, indem sie Kämpfe auf radikaler und auf breiterer Basis führt. Geschichte und Praxis der Arbeiterbewegung halten dafür zahlreiche Konzepte zur Verfügung: Arbeiterräte, Betriebskomitees, das

›Umherschweifen‹ der SituationistInnen sowie Formen von Selbstaktivierung als Erfahrungsaustausch, militanter Befragung und Organizing. Konkret möchte ich als Organisationsform eine Vernetzung von Worker Centers vorschlagen, wie man sie der US-amerikanischen Arbeiterbewegung abschauen kann.« (S. 18) Und er fügt hinzu: »Als Vorteile von Worker Centers können wir in der aktuellen Situation festhalten: Erstens agieren Worker Centers ähnlich wie momentan FAU und IWW im prekären Bereich. Zweitens sind sie geeignet, migrantische und geschlechtliche Themen zu integrieren. Drittens kommt ihr Konzept einem der aktuellen praktischen Schwerpunkte der neuen Klassenpolitik entgegen, nämlich der Stadtteilarbeit; Worker Centers können über Mieten und Wohnverhältnisse, Rechtsberatung und Kultur, Erwerbslosenberatung etc. nachdenken. Viertens können Worker Centers als reale Räume hoffentlich den sozialen Ort ersetzen, den das Beschäftigungsverhältnis heute oft nicht mehr bietet und der auch kaum noch durch Arbeiterkneipen präsent ist.« (Ebd.)

Dieses Plädoyer für den Aufbau eines Netzwerks von Worker Centers ist nun keineswegs neu, das weiß Bewernitz sehr genau, denn er verweist auf einige erste Blüten einer erneuerten Linksradikalität, die für ein solches Netzwerk bereits Anknüpfungspunkte geschaffen haben. Bemerkenswert ist aber zweierlei. Zum einen argumentiert er bei dieser Schaffung eines Worker-Center-Netzwerkes für eine Selbstauflösung der FAU, ja er wirft zudem die Frage auf, welche Zukunft Gewerkschaften überhaupt noch haben, wenn viele Arbeiter gar nicht mehr wissen, was das ist und gerade prekär Beschäftigte nur sehr zurückhaltend Hilfe von »den Gewerkschaften« bekommen. (S. 21) Zum zweiten hat er eine klare Vorstellung davon, wie dieses Netzwerk ausgebaut und vertieft werden kann. Er schreibt: »Grundsätzlich müssen sich Gruppen, die eine neue Klassenpraxis anstreben, als OrganizerInnen verstehen oder es muss in ihnen zumindest zwei bis drei Personen geben, die Organizing praktisch anwenden und innerhalb der Gruppen vorantreiben.« (S. 25) An anderer Stelle ähnlich: »Das, was Worker Centers im Alltag machen, muss letztlich eine Art Organizing sein.« (S. 33)

Organizing – ist das nicht die gar nicht mehr so neue Mitgliedermasche der DGB-Gewerkschaften? Ist Organizing nicht letztlich nur eine pseudodemokratische Variante typischer Stellvertreterpolitik »von oben«? Zeigt sich das nicht schon, wenn man weiß, dass Organizer wie Versicherungsvertreter 1:1-Gespräche vorher üben, dass sie grenzwertig anmutende Hausbesuche machen, um Menschen zu aktivieren, dass sie Kampagnen vorab akribisch planen? Bewernitz' Antwort provoziert abermals und ist es deshalb wert, ausführlich wiedergegeben zu werden: »Wer sich gewerkschaftlich betätigen will, sei es auch auf relativ bescheidenem Niveau, ist gut beraten, sich Methodik und Strategien auch der großen Gewerkschaften anzuschauen. Es ist nicht nur so, dass man da Material findet, das Strategien einem dadurch vermittelt, dass man sich von dortigen Strategien abgrenzt. Nein, so manches lässt sich durchaus übernehmen – gerade, wenn aus einer gewerkschaftsnahen, aber durchaus kritischen Wissenschaft kommt. Das Organizing etwa liegt den syndikalistischen Gewerkschaften näher als den Gewerkschaften des DGB, weil die Verankerung ersterer in sozialen Bewegungen stärker ist, weil sie aufgrund ihrer Größe schon immer auf solche Methoden zurückgreifen mussten und weil ihnen die gewachsenen betrieblichen Strukturen (Betriebsräte und Vertrauensleutekörper) normalerweise fehlen – nichtsdestotrotz geht die Professionalisierung und Nutzbarmachung des Konzepts auf die großen Gewerkschaften zurück. Wer dieses Instrumentarium nur deswegen zur Seite legt, entwaffnet sich schlicht selber.« (S. 38)

Prekariat? Mobilisieren?

Trotz dieser und einiger anderer Stärken gibt es jedoch auch in Bewernitz' Schrift Aspekte, in denen er meines Erachtens argumentativ abfällt. Da ist zum einen der Umstand, dass er zwar einer militanten Basispolitik klare Perspektiven eröffnet, gleichzeitig aber interessieren ihn die sozialen Verhältnisse, die die Grundlage einer solchen Politik wären, nur etwas mehr als eine Seite lang. Und wenn er dann schreibt, dass Worker Centers an dem »prekären Segment

des Proletariats« (S. 27) anzusetzen hätten, dann ist das zwar in dieser Allgemeinheit sicherlich bedenkenswert, doch das sog. prekäre Segment ist groß und rekrutiert sich aus sehr unterschiedlichen sozialen Hintergründen. Die Branchen, in denen es arbeitet, sind geprägt von erheblichen Unterschieden. Viele migrantische Prekariere sind z.B. zufrieden mit ihrer Arbeit, da sie sie als ersten Schritt in einer neuen Gesellschaft schätzen. Das Prekariat im sozialen Bereich wiederum scheut sich häufig genug vor sozialen Kämpfen, da es emotional sehr eng mit seinen KundInnen, PatientInnen, Kindern etc. verbunden ist. Hier wäre es besonders wichtig, in einer Neuauflage oder einem eigenen Papier tiefer zu schürfen, denn die Gleichung »Prekariat braucht Worker Centers« ist auf Dauer zu holzschnittartig.

Eine andere Stelle, die mich beim Lesen irritierte, findet sich in jenem Abschnitt, den er »Mobilisieren statt organisieren« nennt. Bewernitz erläutert, dass er sie gewählt habe, um seine »kritische Haltung« gegenüber den »aktuellen Methoden« des Organizing zu unterstreichen. Denn: »Praktisch läuft Organizing immer auf dasselbe hinaus, Gewerkschaftsmitglieder gewinnen (...), Betriebsräte gründen, Tarifverträge abschließen.« (S. 33) Mobilisieren hingegen sei ein Prozess, in welchem es offenbliebe, »ob ArbeiterInnen nur an einigen Aktionen teilnehmen, Gewerkschaftsmitglieder werden oder dauerhaft an einer außergewerkschaftlichen Initiative (wie einem Worker Center) teilnehmen wollen«. (S. 36) Um es deutlich zu formulieren: Ich halte diese Entgegensetzung von Organizing und Mobilisieren aus mehreren Gründen für fragwürdig. Muss denn nicht auch ein Worker Center zahlende Mitglieder gewinnen, damit es sich dauerhaft materiell finanzieren kann? Muss es nicht auch formalisierte Strukturen herauszubilden suchen, also z.B. einen Worker-Center-Rat, der die Leitlinien der eigenen Arbeit diskutiert und entscheidet? Warum bedarf es überhaupt eines besonderen Verweises auf die Offenheit dieses Prozesses? Macht Bewernitz dies etwa, weil er wie viele radikale Linke denkt, dass man ArbeiterInnen mit besonderen Samthandschuhen gegenüber treten muss, da sie sich sonst, wie er anderer Stelle schreibt, missverstanden und ausgenutzt fühlen könnten?

Ohne Zweifel ist es so, dass ArbeiterInnen in vielen gewerkschaftlichen Organizing-Prozessen erfahren müssen, dass Entscheidungen getroffen werden, ohne dass sie gefragt werden. Aber diese ArbeiterInnen sind deshalb keineswegs hilflos. Viele sagen der entsprechenden Gewerkschaft dann teils sehr deutlich ihre Meinung. Viele treten dann auch aus. Und viele registrieren diesen Vertrauensbruch, bleiben aber Mitglieder, da sie zumindest eine partielle Besserung ihrer Situation aufrechterhalten wollen. Mit anderen Worten: Statt sich tausend Gedanken darüber zu machen, wie man ArbeiterInnen um Gottes Willen integer und basisdemokratisch behandelt, sollte die radikale Linke Organizing nutzen, um überhaupt in eine dauerhafte Beziehung zu ihnen treten zu können. Darüber hinaus kann sie beruhigt sein: Die betreffenden ArbeiterInnen selber werden dieser Linken – sollte sie sich zu dumm, autoritär oder manipulativ anstellen – schnell Zeichen geben, ob diese Beziehung auch in ihrem Sinne ist.

Der Alltag ist die Front? Der Alltag ist die Front!

Doch, so könnte man einwenden: das soll also die Front des Klassenkampfes sein? Organizing im Prekariat zwecks Etablierung eines kämpferischen Worker-Center-Netzwerks? Wo bleibt da die Radikalität? Trotz aller Polemik: Der gegenwärtigen Antifa etwa verdanken wir sicher eine Unmenge an verhinderten Nazi-Umzügen und ein immer wieder mutiges Eintreten gegen rechte Gewalt. Besetzte Häuser oder andere autonome Räume sind ohne Zweifel ein wichtiger Ort für viele Individuen, um soziale Denkphantasie, aber auch gesellschaftliche Kritik einzuüben. Kleine Gewerkschaften wie die FAU oder die IWW lassen immer wieder aufhorchen, so dass sie kürzlich selbst Anerkennung von der großen IG Metall bekamen – in Form eines Lobes der zweiten Vorsitzenden Christiane Benner für das Engagement bei Foodora (*taz*, 20. November 2017). Doch, und das ist letztlich das große Richtungsschild, das Bewernitz hochhält: Mit Blick auf eine Vielzahl bedrohlicher sozialer Entwicklungen wird es Zeit, dass diese

linke Radikalität endlich Eingang in die gesellschaftlichen Alltags-Diskurse und Praxen findet, wird es Zeit, dazu die linksradikalen Rituale, Zöpfe und Symbole abzuschneiden, wird es Zeit, demütig und geduldig linke Radikalität in sinnfällige, greifbare Verbesserungspraxen nicht nur rund um die eigene Lohnarbeit einfließen zu lassen.

Dazu noch ein letzter, durchaus optimistischer Gedanke: Wenn es schwer zu leugnen ist, dass die Probleme unserer Zeit zunehmend einen grundsätzlichen Charakter bekommen, dann stellt dies radikale Praxen zur Bewältigung dieser Probleme in ein neues Licht. Egal ob es sich um die Erderwärmung, die zunehmenden gesellschaftlichen Zerfallsprozesse, die explodierenden Mieten oder die Entstehung der Big-Data-Strukturen handelt – immer häufiger sorgen die riesigen Problemdimensionen dafür, dass auch unpolitische Menschen vermehrt radikalen Lösungen zuneigen. Zwar suchen viele Menschen dies vor sich zu verstecken, indem sie scheinbar überschaubare »Single-Issue«-Forderungen aufstellen, sie z.B. die schnelle und konsequente Umsetzung der Klimaziele fordern, die Etablierung eines solidarischen und bedingungslosen Grundeinkommens interessant finden, der Verstaatlichung von Wohnraum viel abgewinnen können oder aber die Macht von Großkonzernen wie Google oder Facebook bedrohlich finden und deren Zerschlagung ins Auge fassen. Aber dieses Versteckspiel muss so nicht bleiben. Bewernitz' Streitschrift ist insofern auch ein spannender Hinweis, wie die radikale Linke mit dafür sorgen kann, dass diese implizite Links-Radikalisierung größer werdender Teile der Gesellschaft zu einer expliziten wird.

** Slave Cubela arbeitet für eine große deutsche Gewerkschaft.*

Torsten Bewernitz: Syndikalismus und neue Klassenpolitik. Eine Streitschrift. Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2019. 70 S., 7,- Euro. ISBN: 978-3-9820783-1-1

express im Netz unter: www.express-afp.info